



HESSISCHER LANDTAG

18. 07. 2023

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Mittel für Jobcenter ausbauen statt verringern – Jugendliche erfolgreich in den Beruf begleiten

Der Landtag wolle beschließen :

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. gegen die Pläne der Bundesregierung aktiv zu werden, die Arbeitsmarktförderung für junge Bürgergeldbeziehende vom SGB II ins SGB III zu verschieben. Stattdessen sollen die jugendlichen Bürgergeldbeziehenden weiterhin durch die Jobcenter begleitet und in Arbeit und Ausbildung vermittelt werden,
2. zu verhindern, dass die Finanzmittel für die Jobcenter gekürzt werden. Angesichts der wachsenden Aufgaben zur Integration in die Arbeitswelt und gestiegener Kosten ist ein Mittelaufwuchs statt eines Zusammenstreichens erforderlich,
3. sich im Bundesrat und der Arbeits- und Sozialministerkonferenz sowie weiteren Gremien für diese Forderungen einzusetzen und dem Landtag darüber zu berichten.

Begründung:

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales plant, die arbeitsmarktliche Förderung von jugendlichen Bürgergeldbeziehenden unter 25 Jahren ab dem 1. Januar 2025 aus den Jobcentern heraus den Agenturen für Arbeit nach dem SGB III zu übertragen. Damit sollen im Bundeshaushalt 2025 SGB II-Finanzmittel in Höhe von 900 Mio. Euro eingespart werden. In der Folge drohen mehr Bürokratie in der Arbeitsvermittlung durch neue Doppelzuständigkeiten und ein Wissensverlust um die angepassten Vermittlungsschwerpunkte nach § 16h und § 16k SGB II. Darüber hinaus sollen bereits ab dem Bundeshaushalt 2024 die Finanzmittel für die Jobcenter um 500 Mio. Euro reduziert werden. Dies ist angesichts der großen Herausforderungen, nicht zuletzt mit der hohen Zahl der zu betreuenden Geflüchteten aus der Ukraine im SGB II, eine völlig falsche Perspektive.

Wiesbaden, 18. Juli 2023

Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula